TOP 3.3.1 Studie zur Rechtsprechung des ASG Wien

Im Jahr 2014 wurde im Auftrag der Arbeiterkammer Wien durch die Sozialforschungsinstitute SORA und FORBA in Zusammenarbeit mit Kanzleibediensteten des Arbeits- und Sozialgerichts Wien eine detaillierte und aufschlussreiche Studie zur Rechtsprechung des Arbeits- und Sozialgerichtes Wien erstellt.

Eine detaillierte Analyse der Rechtsprechung des Wiener Arbeits- und Sozialgerichts (ASG) erfolgte zuletzt 1990. Da es seither viele Änderungen im Arbeitsrecht sowie auch im Sozialrecht gegeben hat, war es sinnvoll, die Auswirkungen dieser Änderungen in der Prozesspraxis überprüfen zu können, sodass im November 2013 ein Projekt konzipiert wurde, welches zum Inhalt hatte, die Rechtsprechung des ASG anhand der Gerichtsakten von erledigten Fällen aus dem Gerichtsjahr 2010 zu evaluieren.

Die neue Studie stellt einen Vergleichsbericht zum Jahr 1990 nach der Methode der quantitativen Inhaltsanalyse dar. Veränderungen in der Rechtslage wurden berücksichtigt, besonders problematische Bereiche wurden detailliert ausgewertet.

Sowohl in der Statistik des Jahres 1990 als auch in jener des Jahres 2014 wurde die Erhebung durch Bedienstete des Arbeits- und Sozialgerichts Wien durchgeführt. In Arbeitsrechtssachen wurde in beiden Statistiken eine Vollerhebung durchgeführt. Das bedeutet, dass jeder einzelne verfügbare Akt aus dem Archiv entnommen und analysiert wurde.

Im Jahr 2010 gab es 6.296 erledigte Akten die ausgewertet wurden. Im Bereich Sozialrechtssachen wurde aus Ressourcengründen eine Stichprobenerhebung durchgeführt. Dazu wurden 1.000 Akten zufällig aus der Gesamtanzahl der abgeschlossenen Fälle gezogen.

Das beiliegende Factsheet zu dieser Studie enthält die wichtigsten Analysen und dient als Grundlage für ihre mediale Veröffentlichung.

**Evaluierung der Rechtsprechung des ASG Wien
SORA und FORBA, Wien, Dezember 2014**

Die letzte detaillierte Analyse der Rechtsprechung des Wiener Arbeits- und Sozialgerichtes (ASG) erfolgte 1990. Der nun vorliegende Bericht stellt eine Wiederholung dieser Studie dar und basiert auf abgeschlossenen Fällen aus dem Gerichtsjahr 2010. Diese Auswertung durch die beauftragten Institute SORA und FORBA wäre ohne die tatkräftige und zeitaufwändige Unterstützung der MitarbeiterInnen des ASG Wien in diesem Umfang nicht möglich gewesen. Ausgewertet wurden knapp 5.000 Klagen aus dem allgemeinen Arbeitsrecht und aus dem Betriebsverfassungsrecht nach § 50 Abs 2 ASGG.

Vor Gericht darf keiner allein sein!

Die Analyse 1990 war eine der wichtigsten Entscheidungsgrundlagen für die Einführung des Rechtsschutzes in den Arbeiterkammern im Jahr 1992. Eine der zentralen Erkenntnisse damals war, dass das Instrument der Protokollarklage und der Verweis auf diese viele ArbeitnehmerInnen davon abhielt, ihr Recht vor Gericht geltend zu machen: Waren es 1991 noch rund 1.200 solcher Klagen, betrug sie im Jahr 2010 nur mehr etwas über 200 – das ist ein Minus von rund 80 Prozent. 1990 wurden noch über 20 Prozent Protokollarklagen eingebracht, 2010 waren es nur mehr weniger als fünf Prozent.

Vor 1992 mussten ArbeitnehmerInnen aus unorganisierten Betrieben selbst die Protokollarklage einbringen, nach Einführung des AK-Rechtsschutzes erhielten die Betroffenen nicht nur Unterstützung bei der Klagseinbringung, sondern werden seither während des gesamten Verfahrens durch eine/n MitarbeiterIn des AK Rechtsschutzes oder durch einen von AK bestellten Rechtsanwalt vertreten.

Die AK – ein verlässlicher und starker Partner

Mit über 72 Prozent machen ArbeitnehmerInnenklagen die große Mehrheit aller erledigten Klagen aus. Im Vergleich zur Studie aus dem Jahr 1990 bedeutet das einen Anstieg von knapp 70 Prozent (1990 rund 2.900, 2010 mehr als 4.300). Der Anteil der ArbeitgeberInnenklagen ist dagegen zurückgegangen, minus 60 Prozent, von rund 20 auf rund 8 Prozent.

Damit ist belegt: Seit der Einführung des Rechtsschutzes durch die AK ist es für Betroffene wesentlich leichter, den Weg zu ihrem Recht zu finden; auf der anderen Seite scheuen die Arbeitgeber angesichts des kompetenten Vis-a-vis doch öfter ArbeitnehmerInnen vor Gericht zu bringen.

Rasche und professionelle Abwicklung

Trotz gestiegener Klagszahlen ist die Verfahrensdauer seit 1990 wesentlich gesunken. Im Jahr 2010 wurden die meisten Verfahren in weniger als drei Monaten erledigt. Dies stellt insbesondere bei den ArbeitnehmerInnenverfahren eine deutliche Verkürzung der Verfahren dar. Damals wurde nicht einmal die Hälfte dieser Verfahren in diesem Zeitraum abgeschlossen. Gesamt gesehen dauerten von den aktuellen Verfahren rund 8 Prozent länger als 12 Monate, lediglich 3 Prozent der Verfahren über zwei Jahre.

Dies wird durch die hohe Professionalität der gerichtlichen Arbeitnehmervertretung ermöglicht und ist auch als großer Verdienst des ASG zu werten.

Wer klagt?

Wie die aktuelle Analyse zeigt, wurden Klagen vor allem durch ArbeiterInnen eingebracht (über 61 Prozent, 1990 rund 47 Prozent), Angestellte machten lediglich etwas mehr als 30 Prozent (1990 knapp 48 Prozent) aus. Diese Zahlen zeigen: Durch den Rechtsschutz der AK werden vor allem die sozial Schwächeren in die Lage versetzt, vor Gericht zu gehen.

Vergleicht man die klagenden ArbeitnehmerInnen nach Geschlecht, zeigt sich, dass etwas mehr als 51 Prozent der klagenden Frauen Angestellte sind, über 70 Prozent der männlichen Kläger hingegen der Gruppe der Arbeiter angehören.

Zumeist geht es ums Geld

Wie in der Beratungspraxis der AK, geht es auch vor Gericht in der Regel um ausstehende Geldforderungen, und zwar in rund drei Viertel aller Fälle. Die Zahlungsmoral der Arbeitgeber sinkt ebenso wie ihre Bereitschaft zu einem außergerichtlichen Vergleich. Viele erfüllen Forderungen erst, wenn sie geklagt werden. Gerichtliche Zahlungsbefehle haben deutlich zugenommen: bei ArbeitnehmerInnenklagen von etwas mehr als 330 im Jahr 1990 auf über 1.440 im Jahr 2010. Bei den Vergleichen gab es einen Rückgang von rund 31 auf 18 Prozent.

Je kürzer die Beschäftigung, desto mehr Rechtsstreitigkeiten

Die arbeitsrechtlichen Streitigkeiten reduzieren sich hauptsächlich auf jene Arbeitsverhältnisse, die sehr kurz dauern. Insgesamt betrafen über 54 Prozent aller 2010 erledigten Verfahren kurze, weniger als sieben Monate dauernde Beschäftigungen.

Dieses Muster zeigt sich insbesondere bei ArbeiterInnen, wo Beschäftigungsverhältnisse von weniger als sieben Monate sogar in 64 Prozent aller erledigten Verfahren vorkamen.

Druck auf ArbeitnehmerInnen enorm

Wie auch schon 1990 ist auch wieder klar ersichtlich, dass Klagen bei aufrechten Dienstverhältnis extrem selten sind. Der Druck, der auf den ArbeitnehmerInnen lastet, ist enorm. Die Betroffenen wissen genau, dass eine Klage im aufrechten Dienstverhältnis zu einem Beziehungsproblem mit dem Arbeitgeber und früher oder später oft auch zu zusätzlichen Problemen im Dienstverhältnis führt.

Diese Daten zeigen, dass aufrechte Dienstverhältnisse viel zu wenig geschützt werden. Die Ansprüche der ArbeitnehmerInnen sind gleichzeitig mit Verfallsfristen bedroht. Was zur Folge hat, dass ArbeitnehmerInnen, die im aufrechten Dienstverhältnis ihre Ansprüche nicht durchsetzen, diese dann nach Ende des Dienstverhältnisses nicht mehr durchsetzen können.

Mehr Klagen auf aufrechten Bestand

Gegenüber 1990 hat sich die Anzahl der Klagen auf aufrechten Bestand des Arbeitsverhältnisses im Jahr 2010 (über 760 Klagen) mehr als verdoppelt. Das lässt sich auch auf die Einführung des AK-Rechtsschutzes zurückführen. Damit wurde ArbeitnehmerInnen eine wesentliche Hilfestellung gewährt. Die AK übernimmt Vertretung und Kosten – auch für notwendige teure Sachverständigengutachten.

Noch sind diese Anfechtungen kein Massenphänomen, aber die steigende Zahl der Bestandsklagen lässt jedoch befürchten, dass die ArbeitnehmerInnen zunehmend unter Druck geraten. Diese und die Vertretungszahlen der AK Wien weisen auch in den Jahren nach dem Untersuchungszeitraum eine steigende Tendenz auf.

Lohn- und Sozialdumping

Als Problembranchen wurden folgende festgestellt: Bau/Holz, Hotel-/Gastgewerbe, Verkehr, Handel, persönliche Dienstleistungen.

Gerade in den Problembranchen Bau- und Gastgewerbe kommt es zu einer Häufung von Lohnforderungen und zu den meisten ArbeitnehmerInnenklagen. Das belegt, dass die Einführung bzw die aktuelle Verschärfung des Lohn- und Sozialdumping-Gesetzes eine unbedingte Notwendigkeit war. Mehr Kontrollen werden genauso zunehmend wichtiger wie ein Umdenken bei den öffentlichen Vergaben, damit nicht Billigstbieter öffentliche Aufträge erhalten, die sich durch konsequente Unterbezahlung oder gar Nichtbezahlung der Beschäftigten einen unzulässigen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

Hilfe von A bis Z

Viele Unternehmen, gegen die offene Forderungen seitens der ArbeitnehmerInnen bestehen, enden in der Insolvenz. Darauf haben AK und Gewerkschaften 1997 mit der Gründung des Insolvenzschutzverbandes für ArbeitnehmerInnen (ISA) reagiert. Der ISA berät ArbeitnehmerInnen über die Auswirkungen der Arbeitgeberinsolvenz auf das Arbeitsverhältnis, über die rechtliche Situation bei Weiterbeschäftigung im insolventen Unternehmen und über die Möglichkeiten der Auflösung von Arbeitsverhältnissen in der Insolvenz.

Die Vertretung durch den ISA umfasst die Berechnung der offenen Forderungen (nach den vorhandenen Unterlagen bzw den Angaben der ArbeitnehmerInnen). Der ISA übernimmt die Anmeldung der Arbeitnehmerforderungen im gerichtlichen Insolvenzverfahren und die Antragstellung für das Insolvenz-Entgelt. Die Vertretung wird nur für ArbeitnehmerInnen übernommen, die Mitglieder von Arbeiterkammer oder Gewerkschaft sind. Die Vertretung ist kostenlos.